Fränkische Landeszeitung, 3. 12. 2010

Ausschuss für Soziales: In Ansbach ufert Niedriglohnsektor aus

Phänomen „arm trotz Arbeit“

Offene Linke fordert Einsatz der Stadt – Mindestlohn einführen

ANSBACH (mik) – Das Phänomen „arm trotz Arbeit“ ist in Ansbach besonders stark vertreten. Auf Antrag der Offenen Linken wurde im Ausschuss für Soziales umfassendes Zahlenmaterial speziell mit Blick auf den Niedriglohnsektor und die Leiharbeitsbranche vorgestellt. Stadtrat Boris-André Meyer forderte deshalb eigene, „kommunale Strategien“.

Ansbach gilt als Hochburg der Zeitarbeit: 8,8 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind Leiharbeiter. Das entspreche einem Zuwachs von 37,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das bedeute auch, so Stadtrat Meyer, „dass ein erheblicher Teil der Menschen, die nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auftauchen, in die Leiharbeit vermittelt“ wurden.

Die Leiharbeit könne in Ansbach jedoch nicht mehr als „Sprungbrett“ in den ersten Arbeitsmarkt angesehen werden, erklärte der Geschäftsführer der ARGE Ansbach, Werner Meyer, im Ausschuss für Soziales. Nur acht Prozent würden in feste Beschäftigungsverhältnisse übernommen. Außerdem steige die Fluktuation an, der Verbleib in einer Tätigkeit betrage immer häufiger nur wenige Tage.

Zudem sei die Entlohnung mit weniger als 1300 Euro brutto oft zu wenig, um von einem Vollzeitjob den Lebensunterhalt zu bestreiten, geschweige denn eine Familie ernähren zu können. Dies schlage sich auch auf die Zahlen der „Aufstocker“ nieder, die trotz Arbeitsstelle auf Hartz IV angewiesen seien. Deren Zahl wuchs gegenüber dem Vorjahr von 508 auf 628 an, was eine Steigerung um 23,6 Prozent bedeutete. Wenn man die rund 750 Kinder, Jugendliche und Behinderte unter den 2000 Arbeitslosengeld II-Empfängern in Ansbach abzieht, kann man feststellen, dass sogar 57 Prozent der erwerbsfähigen Bedürftigen hier einer Arbeit nachgehen.

Auch in einem Land ohne gesetzlichen Mindestlohn müsse eine Kommune versuchen gegenzusteuern, forderte die Offenen Linke. Kurzfristig sei das durch Vergaberichtlinien der Stadt möglich, die selbst einen Mindestlohn und weitere soziale Kriterien festschreiben könne. Zudem dürften keine weiteren Privatisierungen mehr stattfinden. „Die Privatisierung der öffentlichen Reinigung war ein Signal in die falsche Richtung“, meinte Meyer.

Anlass für die Beratungen im Ausschuss für Soziales waren die Haushaltsansätze, die trotz sinkender Arbeitslosigkeit steigende Sozialleistungen prognostizierten.